

Die Hoffnung auf „Mehr an Freiheit“ Freiheit der Andersdenkenden?

Zwei Tage vor Heiligabend 2006 war in einer halbseitigen Anzeige von „Freie Ärzteschaft“ in der Tageszeitung „Die WELT“ folgendes unter anderem zu lesen:

Offener Brief an die Bundeskanzlerin:

Entlassen Sie Frau Ministerin Schmidt!
die Diskussion um eine erneute Reform des deutschen Gesundheitssystems steckt bekanntlich in einer dramatischen Sackgasse. An dem inzwischen völligen Verlust allen Vertrauens in die Politik dieses Ressorts haben die Arbeit und das Verhalten der amtierenden Ministerin Ulla Schmidt maßgeblichen Anteil.

Seit 30 Jahren betreibt unser Land jetzt "Kostendämpfung im Gesundheitswesen". Vergeblich. Statt aber das definitiv untaugliche Sachleistungsprinzip mit seinen planwirtschaftlichen Verschwendungskonsequenzen abzuschaffen, wurde der Kanon der Zwangsmittel gegenüber allem und jedem im System kontinuierlich erweitert.
Ohne Erfolg. Auch die aktuell diskutierte Gesundheitsreform löst kein einziges der drängenden Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung. Jetzt haben Frau Ministerin Schmidt und ihre Mitstreiter, allen voran die umstrittenen Herren Franz Knieps (Abteilungsleiter im BMG) und Dr. Klaus-Theo Schröder (Staatssekretär), den Endkampf um den totalen Staatszwang im Gesundheitswesen aufgenommen. Es müsse Schluss sein mit der Ideologie der Freiberuflichkeit, tönte die Ministerin.
Die völlige Gleichschaltung des Systems wird aber wieder keine Rettung bringen .

Gestern, am **2. 2. 2007** stand dieses Reformgesetz zur Abstimmung im Bundestag. Zu gleicher Zeit lief im Außenbereich vor dem Reichstag eine Aktion von 12 Ärzten, die zur „**Freien Ärzteschaft**“ zählen. Der Nachrichtendienst änd dazu:

Ärzte untersuchten heute mit Stethoskopen den Reichstag, in dem gerade die Gesundheitsreform verabschiedet wird.

Ihr Befund:

Die Gesundheitsreform ist unverständlich, ungesund, undemokratisch und teuer. "
Der Präsident der Freien Ärzteschaft, Martin Grauduszus, hatte im Vorfeld zu der Aktion erklärt: "Das Schicksal kranker Menschen, die zukünftig weite Wege und lange Wartezeiten sowie eine anonyme Pauschalmedizin in medizinischen Versorgungszentren und Kliniken erfahren werden, widerlegt den demokratischen, sozialen und christlichen Anspruch der Koalitionsparteien". Es sei unbegreiflich, wie die Parteien gegen den Willen und zum Schaden des Volkes diese Reform verabschieden könnten. "Die Gewinner sind unter anderem weltweit operierende private Klinikketten. Der Ausverkauf der kommunalen Krankenhäuser und Unikliniken ist bereits in vollem Gang."

Die Diagnose der FÄ: "Ulla Schmidt und ihre zu Experten hochstilisierten Berater haben komplett versagt. Es bestimmen zu viele und es bedienen sich zu viele, die mit der eigentlichen Versorgung im Krankheitsfall gar nichts zu tun haben. Wir haben die in der Geschichte der Bundesrepublik massivsten Ärzteproteste gemeinsam mit unserem Praxispersonal und Patienten initiiert und wurden nicht gehört".



Wie ging es währenddessen im Bundestag zu? Ein Kollege **C. Hüttenrauch** beobachtete das während seiner Arbeit interessiert fernab von BERLIN über Phoenix-TV in direkter Übertragung. Er schrieb dazu:

Was war auffällig in der heutigen Debatte ?

Mitten in der Debatte wurden von der Besucherkanzel Flugblätter in den Plenarsaal geworfen. Pflugs eilig herbeiströmende Saaldienen führten einen jungen Mann heftig gestikulierend ab und sammelten betreten die Flyer ein. Einige Debattenzuhörer lasen dadurch aufgeweckte Papiere.

Es bestand zwischen zweiter und dritter Lesung bei einem solch wichtigen Gesetzesvorhaben keine Zeit mehr zu intervenieren.

Es fiel auf, dass während der gesamten Debatte **2/3 des Plenarsaales leer** gewesen war, d.h. die abstimmenden Abgeordneten befanden sich überwiegend in der Lounge und strömten nur herein, als die Abstimmung anstand. Das deutet auf eine allgemeine Entfremdung des Volksvertreters von hochkomplizierter Gesetzesmaterie bzw. gelangweilter Distanzierung von subjektiv fremden Politikfeldern hin.

Die **Redebeiträge** waren von der Opposition, hier seien **Bahr** und **Westerwelle** genannt, m.E. fulminant, präzise, Hauptschwachpunkte aufzeigend. Beide waren mehr als wütend über die parlamentarischen Abläufe, über Inhalte sowieso.

Frau **Ulla Schmidt**, mehr als überheblich auftretend als vermeintliche "Fachpolitikerin und Vorgesetzte des Ministeriums" brachte zumeist nur mit Kopfschütteln ihre Verachtung den einzelnen Abgeordneten gegenüber zum Ausdruck.

Frau **Bundeskanzlerin Merkel** sah sich das ganze Parlaments-Schauspiel zur Mutter der Reformen wohlgefällig an und erschien diesen politischen Niederungen völlig entrückt in den Weihen ihres Amtes. Dass sie selbst mit diesem Ausspruch hohe Erwartungen geweckt hatte, die nun nicht erfüllt werden, beleuchtet die Unfähigkeit der Großen Koalition zu grundlegenden Reformen, wie auch die ZEIT milde bewertet.

Sie gratulierte ihrer biografischen Ost-Verwandten auf „sichtlich zufrieden“ machend und verschwand flugs nach Abstimmung. Ihr Mienenspiel erschien als die einer unvorbereiteten, nichtwissenden Kanzlerin, die den Tag als den einer Zuhörerinnen genoss, ohne sich in die Auseinandersetzung mehr einmischen zu müssen.

Der **Bundestagspräsident** agierte rein formal geschäftsmässig. Insgesamt waren offenbar alle Abgeordneten des monatelangen Streits und öffentlicher Debatten überdrüssig. Das sie sich lieber mit kleinen Politik-Details beschäftigen, die sie besser überblicken können, wurde offensichtlich, als die Abstimmung beendet war und anderweitige Themen der Tagesordnung aufgerufen wurden.

Insgesamt präsentierte sich der Bundestag mit gut bürgerlichem Dress-Code und Benimm-Etikette, lieferte aber dürftige ideologisch geprägte Reforminhalte ab, die ihm klingend verpackt präsentiert worden waren. Sollten Abgeordnete das Spiegelbild des deutschen Volkes sein, kann zur Zeit nur festgestellt werden, dass alle und alles mehr als saturiert wieder zur ungestörten Tagesordnung übergehen werden. Das darf jedoch mit Fug und Recht bezweifelt werden. Die enormen Sollbruchstellen dieses Reformvorhaben werden über Kurz oder Lang weiterhin die politische Agenda besetzen. Die geringe Zahl kritischer Nein-Abstimmer sollte zumindest mehr als Anlass geben, über das Selbstverständnis heutiger Abgeordneten vertieft nachzudenken.

Eine andere Kollegin **A. Meyer** in der Nähe von Mainz bekommt über den änd einiges von diesen Geschehnissen mit und äußert sich dazu so:

FÄ in Berlin : Symbolik, Pressewirbel, Polizeischutz für den Reichstag

Chapeau für diese Aktion, Freie Ärzteschaft!

Find ich echt stark!

Habe zwar heute nur mittags mal einen kurzen Blick ins Forum werfen können, aber die Fotos aus der redaktionellen Meldung sagen mehr als hundert Worte.

Mehr als 30.000 marschierende, protestierende Kollegen in Berlin vor einem Jahr, tot geschwiegen, irgendwie. Fast völlig ignoriert, hoffend, dass gerade das nicht passiert..... Welche Bedrohung geht denn von einer solchen flashdoc-Aktion mit durchaus demonstrativem Effekt aus, dass den 12 Kollegen unter Strafanzeigenandrohung der Protest polizeilich abgewürgt werden muss? **Ein Stich ins Hornissennest?** Muss wohl so sein, sonst hätte sich doch niemand drum gekümmert. Das war kein Nadelstich, das war messerscharf.

Das war für alle Verschlafenen, ewig Diskutierenden, Nörgelnden, Lamentierenden, Frustrierten, Ängstlichen, Sachleistungsverliebten, Ausgebrannten, Realos und Fundis, ja sogar bislang Informationsunwilligen eine medienwirksame Aktion, die vielleicht nichts unmittelbar Umsetzbares hervorbrachte, aber die Politik und Funktionäre, unsere "Selbstverwaltung", Kollegen und Patienten **aufhorchen** ließ.

Nichts fürchtet der Staat mehr als unsere innere und äußere Abkehr vom System, unseren Ausstieg, unsere Verweigerung, den Streik, die solidarische Kassen-Zulassungsrückgabe, die Verweigerung der beschlossenen Gesetze, der eCard, den Bruch mit staatlich bevormundeter Gesundheitspolitik.

Ich wünsche mir jedoch jetzt noch mehr flächendeckende power von dieser stets agilen, nicht-polemischen, funktionärsfreien, authentischen Interessenvertretung der Basis, den Erfolg, den sie schon lange verdient, das Händchen, viele bereits ins innere Exil gekehrte Kollegen zu überzeugen, dass das langfristig für uns alle nur was wird, wenn jeder Kollege sich endlich seines Wertes und seiner eigentlichen Profession bewusst wird, der Fremdbestimmung entsagt, über den Tellerrand schaut und sich nicht mehr schamlos ausnutzen lässt, ein gerechtes Honorar für selbstverständlich hält.
**Es gibt Dinge im Leben, die sind zum Scheitern verurteilt.
Doch damit muss man sich nicht abfinden.**

Der Protest ist längst in den Praxen angekommen, der Unmut der Patienten richtet sich nach meiner

Beobachtung inzwischen nicht mehr gegen die nicht verordnungswilligen Ärzte, sondern gegen die Krankenkassen und die Politik. Hier hat unser Protest doch etwas bewirkt, wer es abstreitet, muss seine Gründe dafür haben.

Der Bürger hat es längst erkannt, dass hier keine Gerechtigkeit herrscht, dass er für immer mehr zur Kasse gebeten wird, nichts Gutes dabei heraus kommt, dass das System trotz immer neuer "Gesundheitsreformen" zum Scheitern verurteilt ist, dass nicht nur er, sondern auch seine Ärzte ausgenommen werden, dass wir in der Regel nicht anders können als wir wollen.

Ich halte die meisten Patienten für mittlerweile bereit, sich auf unsere Forderungen nach Direktabrechnung einzulassen, für die Ärmsten der Armen wird es eine Möglichkeit geben, die Rechnungen bei der staatlichen Fürsorge einzureichen und nicht in Vorlage treten zu müssen.

**Es gibt immer einen Weg, wenn der Wille da ist.
Fangen wir endlich an, ihn zu gehen. Ganz pragmatisch und direkt.**

Und es gibt Aktionen, die rütteln auf.
Diese hier war einfach gut.

Ich wünsche der Freien Ärzteschaft, dass jetzt wirklich realisierbare, "solidarische" Konzepte umgesetzt werden, die nicht nur symbolischen Charakter haben, sondern **das System dahin kippen, wo es hin gehört: in die Geschichtsbücher über den deutschen Sozialstaat.**

Danke, Martin, danke für Euren Einsatz, danke an alle, die adhoc mitgewirkt haben, gerade weil absehbar war, dass dieser Tag nichts Gutes bringen würde.....

AM

Soweit einige Stimmen zu den Ereignissen dieses Tages wg. „Gesundheitspolitik“.

Welche Freiheit nahm sich unsere Bundeskanzlerin an diesem Tag im Parlament, an dem ihre große Koalition ein Reform-Gesetz einbrachte, das vorgeblich den Wettbewerb im Inneren des Sozialstaats stärken soll?

Innenpolitisch bescherte ihr das Jahr zuvor mit unzähligen Demonstrationen der Ärzteschaft ein bislang nicht gekanntes Phänomen in der Sozialgeschichte Deutschlands seit ihrem Beginn mit der kaiserlich feudalen Botschaft 1881, das sie bereits mit „Nichts als Polemik“ quittierte .

Sie nahm sich gestern die Freiheit, zu schweigen und im Anschluß den Sektempfang der Ministerin zu besuchen, die auf den Abstimmungserfolg mit allen anstoßen wollte.

Welche Freiheit bleibt da deutschen Kassenärzten noch?

Geben sie ihre Kassenzulassung jetzt endlich solidarisch zurück,
um diesem Sozialstaatsirrsinn zu entfliehen?

Man darf gespannt sein.

Für den, der mehr Informationen sucht, umseitig noch weitere Quellen:

Der vorläufige Entwurf steht online auf dem Bundestagsserver.
<http://www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/plenarprotokolle/16080.html>

Worüber ist abgestimmt worden?

GKV-WSG)

- Regierungsentwurf vom 24.10.06 <http://dip.bundestag.de/btd/16/031/1603100.pdf>

- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs
<http://dip.bundestag.de/btd/16/039/1603950.pdf>

- Unterrichtung durch die Bundesregierung:
<http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604020.pdf>

- Bundesrat Entwurf
<http://dip.bundestag.de/btd/16/010/1601037.pdf>

aa) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) Januar 2007

<http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604200.pdf>

<http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604247.pdf>

Berichterstattung: Abgeordnete Annette Widmann-Mauz, Dr. Carola Reimann, Heinz Lanfermann, Frank Spieth, Birgitt Bender

bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
- Drucksache 16/4222 - (zur Zeit online nicht auffindbar)

Berichterstattung: Abgeordnete Steffen Kampeter, Ewald Schurer, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Gesine Löttsch, Anja Hajduk

- zu dem Antrag der Abgeordneten Birgitt Bender, Matthias Berninger, Dr. Thea Dückert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
<http://dip.bundestag.de/btd/16/019/1601928.pdf>

- zu dem Antrag der Abgeordneten Daniel Bahr (Münster), Heinz Lanfermann, Dr. Konrad Schily, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
Für Nachhaltigkeit, Transparenz, Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen
<http://dip.bundestag.de/btd/16/019/1601997.pdf>

- zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Spieth, Klaus Ernst, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN
<http://dip.bundestag.de/btd/16/030/1603096.pdf>

Der **solidarische Zulassungsverzicht der Kassenärzte** oder
Weisen uns die Kassenärzte einen Weg aus dem deutschen Sozialstaats-Irrsinn?

http://www.make-love-not-law.de/festreden/liberales_netzwerk_2006.html

Damit hat die Basis der verfassten Ärzteschaft ein in seiner Einstimmigkeit und Deutlichkeit originäres historisches Votum abgegeben.

<http://www.essener-resolution.de/Gesundheitspolitik/pages/GPStart.html>